



Steuern oder Leistungskürzungen: Sorge um die Finanzierung des Sozialstaats wächst

Michael Fiedler

Die Finanzierung staatlicher Aufgaben rückt stärker in das Sorgenbild der Deutschen. Mehr als jeder Zweite fürchtet inzwischen höhere Steuern oder geringere Leistungen. In der R+V-Langzeitstudie steigt das Thema damit auf Platz zwei – und anders als bei manchen anderen Ängsten zeigen sich kaum Unterschiede zwischen Ost und West oder zwischen Männern und Frauen.

Wer trägt die steigenden Kosten?

Die R+V stellt die Entwicklung in den Zusammenhang mit den Finanzierungsanforderungen bei Sozialversicherungen, Verteidigung und Infrastruktur. Studienleiter Grischa Brower-Rabinowitsch verweist darauf, dass der Staat in diesen Bereichen viel Geld einsetzen will. Vor diesem Hintergrund schiebe sich die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen in der Befragung nach vorn. Prof. Dr. Isabelle Borucki, Politikwissenschaftlerin an der Philipps-Universität Marburg und Beraterin der R+V-Studie, interpretiert das Ergebnis als Ausdruck einer Verteilungsfrage. Aus ihrer Sicht steht dahinter die Sorge, wer die Kosten der Modernisierung trägt und ob zugesagte Leistungen verlässlich bleiben. Damit misst die Studie zunächst die Sorgen der Bevölkerung – nicht, welche Finanzierungsoption tatsächlich gewählt werden müsste. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass mögliche persönliche Folgen

staatlicher Finanzierungsentscheidungen im Sorgenbild der Befragten stärker nach vorn rücken.

Lebenshaltungskosten bleiben die größte Sorge

An der Spitze des Rankings stehen weiterhin die steigenden Lebenshaltungskosten. 59 Prozent der Befragten sorgen sich darum, dass ihr Geld dauerhaft nicht zum Leben reicht. Im Jahr zuvor waren es 52 Prozent. Damit steigt diese Sorge um sieben Prozentpunkte. In insgesamt 35 Befragungen landet sie bereits zum sechzehnten Mal auf Platz eins. Auch weitere wirtschaftliche Themen stehen weit oben. Die Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage erreicht 51 Prozent und Platz vier. Gegenüber 2025 steigt sie um zehn Prozentpunkte – stärker als jede andere Sorge der diesjährigen Untersuchung. Jeder zweite Befragte fürchtet zudem, dass Wohnraum unbezahlbar wird. Damit konzentrieren sich mehrere der größten Ängste 2026 auf die Frage, wie sich wirtschaftliche

Entwicklungen auf die finanziellen Spielräume der Menschen auswirken.

Kein allgemeiner Anstieg der Ängste

Dass finanzielle Themen im Ranking nach vorn rücken, bedeutet allerdings nicht, dass das Angstniveau insgesamt besonders hoch wäre. Der Durchschnitt über sämtliche abgefragten Ängste liegt bei 38 Prozent. Das sind lediglich zwei Prozentpunkte mehr als 2021, dem nach Angaben der R+V bislang sorgenärmsten Jahr der Langzeitstudie. Vom bisherigen Höchststand des Jahres 2016 mit 52 Prozent ist das aktuelle Niveau deutlich entfernt. Acht abgefragte Ängste erreichen 2026 sogar ihren bislang niedrigsten gemessenen Wert. Das Bild der Studie ist deshalb differenzierter als ein allgemeiner Vertrauens- oder Sorgenanstieg: Die Ängste verschieben sich. Finanzielle Belastungen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Frage nach möglichen Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen gewinnen an Gewicht, während andere Themen in den Hintergrund treten.

Für die R+V-Studie wurden rund 2.400 Menschen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren persönlich befragt. Die Erhebung fand vom 11. Mai bis zum 29. Juli 2026 statt. Die Untersuchung wird seit 1992 jährlich durchgeführt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952213/Steuern-oder-Leistungskuerzungen-Sorge-um-die-Finanzierung-des-Sozialstaats-waechst/>